

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

8. Sitzung
4. Dezember 2017

Beginn: 11.34 Uhr
Schluss: 13.57 Uhr
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Engagement für Geflüchtete – Erfahrungen und
Perspektiven**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0024](#)
BuergEnPart

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist neben Staatssekretär Tietze auch Frau Sybill Schulz, die Leiterin der Koordinierungsgruppe Flüchtlingsmanagement der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales anwesend – herzlich willkommen!

Als Anzuhörende begrüße ich in alphabetischer Reihenfolge Frau Henniges, Vorstand von Moabit hilft e. V, Frau von Hülsen-Poensgen von „Willkommen im Westend“ – zwei Umlaute hintereinander sind auch in der umlautstarken Sprache wie Deutsch nicht ganz einfach – sowie Herrn Lüder vom Netzwerk „Berlin hilft!“. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Soll gemäß § 26 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ein Wortprotokoll erstellt werden? – [Zurufe: Ja!] – Gut, dann machen wir das so. Soll der Besprechungsbedarf durch die antragstellenden Fraktionen noch einmal begründet werden? – Frau Radziwill, bitte schön!

Ulker Radziwill (SPD): Vielleicht ganz kurz in zwei Sätzen. Ich freue mich, dass wir uns heute wieder mit dem Thema Unterstützung für geflüchtete Menschen befassen und das mit einer Anhörung verbinden. Unser Anliegen ist dahingehend zu verstehen, dass wir uns gerade im Vorfeld des morgigen Tags des Ehrenamts – am 18. Dezember ist zudem der Tag der Integration – berichten lassen wollen, welche Erfahrungen jene Menschen gemacht haben, die sich im Bereich der Flüchtlingshilfe engagieren. Das wollen wir zudem mit dem Dank verbinden, dass Sie sich so stark engagiert haben. Wir wollen aus Ihren Erfahrungen lernen, zum einen, wie wir die Ehrenamtlichen besser unterstützen können, zum anderen aber insbesondere mit Blick nach vorne: Wie können wir von der politischen Ebene die Integration der geflüchteten Menschen, die hier leben, die gerne auch bleiben wollen und die wir gerne hier aufnehmen wollen, unterstützen? Was sind Ihre Empfehlungen für ein Gelingen dieses Integrationsprozesses? Ich freue mich auf die Anhörung und danke Ihnen, dass Sie dabei sind.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich habe vorhin erfahren, dass Frau Scheel vom Beratungsforum Engagement da ist. Ich frage die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses, ob wir Frau Scheel spontan Rederecht zu dem Tagesordnungspunkt einräumen wollen. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann machen wir das so. – Dann nehmen Sie doch bitte auch dort Platz!

Wir beginnen nun mit der Anhörung. Ich möchte in alphabetischer Reihenfolge Frau Henniges zuerst das Wort geben. – Bitte!

Diana Henniges (Vorstandsmitglied Moabit hilft e. V.): Schönen guten Morgen und vielen Dank für die Einladung! Heute bin ich etwas leiser als Sie es von mir gewohnt sind, da ich durch Heiserkeit ein wenig eingeschränkt bin. Ich denke aber, dass ich trotzdem vortragen kann, was inhaltlich gerade sehr relevant ist, um den Integrationsprozess oder auch den Aufenthaltsprozess von Geflüchteten in Berlin voranzutreiben.

Ein großes Thema, das bereits von Beginn unseres Engagements an und nach wie vor in der Mitgliederversammlung von Relevanz ist, ist bei knapp 6 000 Menschen in Notunterkünften die Unterbringungsleistung für die Geflüchteten. Das Wichtigste, womit wir uns tagtäglich beschäftigen müssen, sind die Qualitätsmängel in der Unterbringungsleistung. Das ist auf Landes- wie auch auf Bezirksebene gesteuert. Das ist ein Problem, das sich nicht nur in vom LAF betriebenen Unterkünften zeigt, sondern immer mehr in den Bezirken. Wir reden hier von rechtsfreien Räumen. Wir reden nicht davon, dass ein Bett quietscht oder eine Tür sich nicht schließen lässt, sondern dass es weder Bett noch Türe gibt. Wir reden von Wanzen, von Ungezieferbefall, der nicht beseitigt wird. Wir haben keine Stelle, an die sich die Geflüchteten wenden können. Und das noch viel Schlimmere ist, dass, auch wenn sich die Geflüchteten an uns wenden, wir keinen Ansprechpartner direkt in den Behörden haben.

Damit komme ich zum eigentlichen Thema und das ist etwas, was sich wie ein roter Faden durch die ganze Betreuungssituation zieht – dass wir einen stetigen Rassismus und daraus resultierende Willkür in den Behörden haben. Das ist tatsächlich eine alltägliche Situation, mit der wir uns regelmäßig konfrontiert sehen. Dienstaufsichtsbeschwerden sind leider schon lange kein adäquates Mittel der Fehlerbeseitigung mehr. Das ist wirklich ein ganz großes Problem. Die Menschen kommen auf uns zu und sagen: Mein Kind hat jetzt den zweiten fibrischen Schock durch ständige Wanzenbisse, und der Unterkunftsleiter sagt, ich solle den Mund halten und mein Kind halt auf dem Flur schlafen lassen, wenn mich die Wanzen stören. – Ich denke, es sollte im Sinne von uns allen sein, dass es dafür einen Ansprechpartner gibt, und zwar ressort- und bezirksübergreifend.

Problematisch sind auch die Zuständigkeiten. Wir haben ganz oft eine große Intransparenz in den Unterkünften – welche Rechte bestehen da? Wir arbeiten schon lange an einer Hausordnung, die in vielen Sprachen übersetzt werden soll. Das ist etwas, was sich ewig hinzieht. Es müsste quasi schon vorgestern geschehen sein, dass die Geflüchteten ihre Rechte kennen und durchsetzen, denn: Häufig gibt es tatsächlich Möglichkeiten, die Geflüchteten zu unterstützen, allerdings haben wir nicht so ein großes Leistungsspektrum, dass wir das täglich durch Sozialgerichte o. Ä. durchsetzen können. Also brauchen wir hierzu ein ständig aktualisiertes Organigramm der Zuständigkeiten, eine gewisse Transparenz. Wir wissen, dass wir nicht so großen Anspruch darauf haben, aber eine gewisse Transparenz hinsichtlich der kausalen aktuellen Weisungen, die im LAF oder in den Bezirken bestehen, wäre gut, damit wir wissen, was tatsächlich gerade an Informationsfluss da ist, was uns und viel mehr noch die Geflüchteten tangiert.

Ein Thema, das regelmäßig für Unmut sorgt, ist, wenn Geflüchtete plötzlich umziehen müssen und es keinen sozialverträglichen Umzug gibt, sprich: Der Kindergartenplatz ist weg, der Schulplatz ist weg, die Therapie, die für viele der Geflüchteten ganz relevant ist, um auf dem Arbeitsmarkt integriert werden zu können oder um überhaupt ein Leben anfangen zu können, ist weg. Es muss gewährleistet sein, dass Umzüge eine gewisse Sozialverträglichkeit haben.

Unser Vorschlag, der so alt ist wie das Abendmahl, lautet, dass es kommuniziert wird über quartalsweise stattfindende Arbeitsgruppen – das würde uns sehr entgegenkommen – oder vielleicht sogar, man mag es nicht glauben, dass es einen Ansprechpartner gibt, der temporär – bis es eine Art Heim-TÜV, bis es eine Ombudsstelle gibt, die solche Thematiken qualifiziert abarbeiten kann – eine Möglichkeit bietet, Kommunikationswege zu finden, um den schlimmsten Fällen zu begegnen. Wir reden hier wirklich von großen Problemen, von gesundheitlichen Einschränkungen und nicht nur davon, dass es eventuell laut ist oder die Unterkunft nicht sauber genug ist, sondern von gesundheitlichen Gefahren für die Geflüchteten. Es ist nötig, dass wir bis dahin eine Möglichkeit finden.

Die Installation der Ombudsstellen wünsche ich mir natürlich genauso für die Ausländerbehörde. Über die Ausländerbehörde muss man sich nicht nur mit unserer Initiative unterhalten, vielmehr bemängeln migrantische Organisationen landesweit immer wieder, dass es zu großer Willkür kommt, dass die Fälle von den Verwaltungsgerichten teilweise wie ein Ball wieder zurück zur Ausländerbehörde gegeben werden und es ein Riesenverwaltungsprozess ist, bis jemand endlich aus seiner Duldung entlassen wird oder vielleicht die Schutzwürdigkeit seiner Ehe anerkannt wird, obwohl das von Anfang an klar ist, weil wir Mitarbeiter in der Ausländerbehörde haben, die rein rassistisch agieren. Da muss es eine Möglichkeit geben, dass wir durchsetzen, dass das irgendwo gemeldet werden kann.

Der letzte Punkt ist die Beteiligung auf Landes- wie auf Bezirksebene. Nicht in jedem Bezirk ist es so einfach wie in Kreuzberg oder wie in Charlottenburg, sich beim Migrationsbeirat oder bei Bezirksentscheiden einbringen zu können. Es gibt Bezirke, die gar nicht an der Bürgerbeteiligung interessiert sind und daran, dass eine gewisse Verpflichtung damit einhergeht, dass, wenn bürgerschaftliches Engagement in den Bezirken stattfindet, sie auch Anteil nehmen können. Dafür könnte es verschiedene Modelle geben, aber dafür sind Sie die Profis. – Vielen Dank fürs Zuhören!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann hat Frau von Hülsen-Poensgen das Wort.

Amei von Hülsen-Poensgen (Willkommen im Westend): Auch von meiner Seite einen schönen guten Morgen oder guten Tag! Mein Name ist von Hülsen-Poensgen; er ist schwierig, das weiß ich. Ich komme von „Willkommen im Westend“ und hole kurz etwas weiter aus. „Willkommen im Westend“ ist eine Freiwilligenorganisation in Charlottenburg-Wilmersdorf, die sich schon 2013 gegründet hat, als dort ein Flüchtlingsheim aufgebaut wurde und sich in der lokalen Nachbarschaft Widerstand regte. Dazu schrieben einige engagierte Bürger einen Leserbrief: Wo denn sonst, wenn nicht bei uns? – Daraufhin gründete sich eine Initiative von Bürgern, die zeigen wollten, dass es keine lebensbedrohliche Tatsache ist. Relativ schnell beruhigte sich das um das Heim; die Nachbarn gewöhnten sich daran. Es etablierte sich eine Ehrenamtsstruktur, und der E-Mailverteiler, der in der ersten Aufregung entstanden war, kam ein wenig zur Ruhe.

Das änderte sich schlagartig Ende 2014, als die erste Turnhalle in Eichkamp, die TU-Sporthalle, bezogen wurde. Lange vor der großen „Flüchtlingswelle“ wurden ja bereits Turnhallen genutzt. Diese Nachricht verbreitete sich blitzschnell über den Verteiler und sorgte auch dafür, dass die Kirchengemeinden mit an Bord kamen. Innerhalb von einer Woche kam

es zur ersten Anwohnerversammlung, wo die Hilfsbereitschaft aus der Nachbarschaft enorm groß war. Und dann saßen vorne Betreiber, Bezirksamt und Kirchengemeinde und alle sagten: Das ist ja toll, dass ihr alle kommt, aber wie soll das gehen? Wer soll das organisieren? –, woraufhin sich die damalige Sprecherin von „Willkommen im Westend“ meldete und sagte: Wir wissen auch noch nicht wie, aber wir kriegen das irgendwie hin!

Die TU-Halle war die erste Halle, dann Wilmersdorf, und dann ging es irgendwann Schlag auf Schlag. Es gab viele Notunterkünfte in Charlottenburg-Wilmersdorf. Der E-Mailverteiler wuchs. Wir gründeten einen zweiten E-Mailverteiler – „Willkommen in Wilmersdorf“ – und bedienen jetzt ungefähr 1 400 E-Mailadressen mit Nachrichten, Veranstaltungshinweisen und diversen Informationen, die für Menschen, die mit Geflüchteten zu tun haben, relevant sind. Wir veranstalten auch regelmäßige Treffen usw.

Wahnsinnig viele Leute haben sich dann 2015 hinter den Tresen gestellt und Essen ausgegeben, Unterhosen verteilt etc. Sie kennen die Bilder, Sie wissen das alles, das brauche ich alles nicht zu erzählen. Bei uns in Charlottenburg-Wilmersdorf mit den vielen großen Notunterkünften gab es ein sehr starkes Engagement. Zum Glück ist es weniger geworden; wir brauchen nicht mehr so viele Unterhosen zu verteilen. Wir müssen auch nicht mehr Babynahrung ausgeben, damit Kinder, die neu hier ankommen, überhaupt etwas zu essen haben. Für viele von uns Ehrenamtlichen ist also irgendwie auch wieder ein Privatleben möglich geworden. Ja, es gab eine Phase, in der wir wirklich – neben Beruf und Familie – eigentlich Tag und Nacht für Geflüchtete gearbeitet haben. Gott sei Dank funktionieren die staatlichen Unterstützungsleistungen jetzt insoweit, dass man das, nur um das Überleben zu sichern, nicht mehr in der Form machen muss. Das sorgt auch dafür, dass wir nicht mehr ganz so grau aussehen und auch mal wieder ins Kino gehen.

Interessant für uns ist aber, dass sich von dem E-Mailverteiler, der damals so rasant gewachsen ist, kaum jemand abgemeldet hat. Die Leute lesen diese Mails immer noch. Sie sind auch immer noch kurzfristig zu mobilisieren. Wir hatten beispielsweise im Sommer eine Kampagne. Wie Sie vielleicht wissen, haben unbegleitete Minderjährige, die als Flüchtlinge anerkannt sind, das Recht auf Familiennachzug, so wie alle anderen auch. Das schließt aber seit Frühjahr dieses Jahres nicht mehr – wie früher – die minderjährigen Geschwister mit ein. Seit Frühjahr dieses Jahres dürfen vielmehr nur die Eltern kommen. Was mit den minderjährigen Geschwistern passieren soll, ist irgendwie ungeklärt. Das klingt schon beunruhigend, wenn man das einfach nur so hört. Das klingt aber noch viel beunruhigender, wenn man den Jugendlichen vor sich hat, der weiß, dass seine Eltern sich zwischen seinen kleinen Geschwistern und ihm entscheiden müssen, wenn man also den Einzelfall erlebt. Wir haben eine Sammelkampagne vorgenommen für eine Familie, in der es eine ganz besondere Härte gab. Es ist für jeden eine Härte, in der Familie aber war es eine ganz besondere Härte. Wir haben im Rahmen von „Willkommen im Westend“ innerhalb von vier Wochen 120 000 Euro aufgetrieben, um auch die beiden kleinen Geschwister nach Berlin holen zu können und mit Hilfe von Flüchtlingspaten Syrien e. V. den Lebensunterhalt der Kinder für die nächsten fünf Jahre zu sichern. Das zeigt, wie hoch die Bereitschaft noch ist.

Als „Willkommen im Westend“ haben wir das besondere Glück, dass es in Charlottenburg eine alte Villa gab, die jahrelang leer stand – die „Ulme“, direkt neben einer Flüchtlingsunterkunft. Schon zu Beginn 2015 gab es die ersten Bürger aus „Willkommen im Westend“ und der Nachbarschaft, die sagten: Wenn direkt daneben eine Flüchtlingsunterkunft entsteht, dann

ist das die Chance für den Kiez, die alte Villa als Haus der Begegnung und für Nachbarschaft nutzbar zu machen. – Wir haben zwei Jahre lang dafür gearbeitet und seit Anfang April tatsächlich den Schlüssel von der BIM bekommen. Wir erhalten eine großzügige Unterstützung vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf aus den Mitteln des Masterplans und sind dabei, dort ein Haus für Kunst, Kultur, Kreativität und Begegnung aufzubauen. In dem alten Hörsaal – das Haus war Teil der Charité – finden Lesungen, Konzerte, Filmabende statt. In dem Cafébereich gibt es ein Sprachcafé; hier haben Geflüchtete wie Nachbarn die Möglichkeit, einfach auf einen Kaffee vorbeizukommen und einander kennenzulernen. Es gibt diverse Sprachangebote, die anders sind als die BAMF-Angebote. Wir haben inzwischen ein sehr buntes Programm. Ganz wesentlich ist, dass uns dieses Haus die wirklich glückhafte Fügung und Möglichkeit bietet, dass, wenn ein Geflüchteter kommt und sagt, ich habe eine Idee, wir ihm sagen können: Klingt gut, mach! – So haben wir zum Beispiel seit zwei Monaten im Haus einen sehr begabten arabischen Mathelehrer, der am Wochenende von 8.30 Uhr bis 13.30 Uhr Matheunterricht auf Arabisch und Deutsch gibt, und zwar in zwei Gruppen – einmal für Schüler, die sich auf den MSA vorbereiten, und einmal für Oberstufenschüler bzw. junge Studierende, die sich auf die Feststellungsprüfung für die Universitäten vorbereiten, die also ohne Zeugnisse gekommen sind und ihr Wissen nachweisen wollen. Es sitzen jeweils ca. 60 junge Leute samstags und sonntags morgens in aller Herrgottsfrühe aus ganz Berlin in diesem Hörsaal und lernen Mathe.

Das ließe sich fortsetzen: In Zusammenarbeit mit Yaar e. V. machen wir Vorlesen in Dari, damit die Kinder ihre Heimatsprache nicht vergessen. Wir haben einen syrischen Kulturverein, der bei uns mit im Haus sitzt, der regelmäßig deutsch-arabische Veranstaltungen bietet. Wir haben ein syrisches Frauenprojekt, das regelmäßig Schreibworkshops für arabischsprachende Frauen durchführt und damit eine Zeitung produziert. Es gibt enorm viele Ideen, die aus der Community der Geflüchteten oder auch aus dem Zusammenwirken zwischen Geflüchteten und ehrenamtlich tätigen Deutschen kommen. Ihnen dort in dem Haus den Raum geben zu können, ist zum einen ein großer Glücksfall – es macht extrem viel Spaß –, zum anderen ist es aber eigentlich auch das, was wir brauchen.

Nun komme ich zu dem, wovon ich denke, in welche Richtung der Zug fahren müsste, wenn wir Erfolg haben wollen. Zum einen: Integration kann nur gelingen, wenn jemand aktiv ist. Stillstand ist der Feind von Bewegung und der Feind eines Zusammenwachsens. Damit Zivilgesellschaft nach wie vor ihre Kreativität sinnvoll einsetzen kann, braucht es Freiräume. Diese Freiräume müssen außerhalb von Unterkünften bestehen. Immer mehr Geflüchtete ziehen in Wohnungen. Es kann auf Dauer auch nicht sein, dass jedes Mal, wenn wir irgendeinen Häkelklub oder was auch immer machen wollen, es mit Security einhergeht, mit dem Vorzeigen des Personalausweises und der Frage: Wohnst du eigentlich hier im Heim? – Nein, du wohnst nicht im Heim, also lassen wir dich nicht rein. – Das kann nicht sein. Wir brauchen mehr Freiräume, um Dinge gemeinsam zu gestalten. Die brauchen wir nicht nur als Raum, sondern natürlich in gewisser Weise auch finanziell, um beispielsweise die Reisekosten von jemandem zahlen zu können, der aus Brandenburg nach Berlin kommt, um eine Lesung zu machen.

Dabei ist besonders wichtig, dass es nicht zur Verdrängung von bestehenden Angeboten kommt. Im letzten Jahr war ein Teil der Antwort des Senats: Okay, wir unterstützen die bestehenden Nachbarschaftshäuser, geben denen einen kleinen Etat, und dann sollen sie doch mal solche Angebote schaffen. – Das darf aber nicht dazu führen, dass wir den Seniorentanz-

kreis aus dem Raum drängen. Es ist ja nicht so, dass unsere Nachbarschaftshäuser leer sind und dort nichts stattfindet. Die Aufgabe ist vielmehr groß, Berlin wird immer bunter. Wir brauchen immer mehr interkulturelle Angebote, und wir dürfen diese nicht auf Kosten von bestehenden Dingen unterbreiten.

Dann brauchen wir, glaube ich, nach wie vor eine Art Start-up-Kultur. Wir brauchen die Offenheit, neue Ideen aufzunehmen und auch kurzfristig unterstützen zu können. Sehr viele Gelder gehen aus unserer Sicht in schon 20 Jahre existierende Trägerstrukturen und Ähnliches. Es entstehen aber viele neue, junge Ideen, die auch neuen Wind bringen und die Leute empoweren, selbst etwas zu tun. Und um auch diese neuen Dinge unterstützen zu können, braucht es einen Kuchen, der ein Stück weit zu verteilen ist. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Herr Lüder, Sie haben das Wort!

Christian Lüder (Netzwerk „Berlin hilft!“ Verein i. Gr.): Schönen guten Tag und vielen Dank für die Einladung! Ich sage auch erst einmal vorab etwas zu uns – „Berlin hilft!“ – und wie wir entstanden sind. Das ist Mitte 2015 passiert, ohne große Intention und Absicht und ohne großen Plan, einfach aus einer Situation heraus, in der wir uns überlegten, dass es neben den vielen Informationen und Gruppen, die in Stadtteilen und Bezirken helfen, manchmal auch sinnvoll ist, über Berlin insgesamt zu informieren. So sind damals die Facebook-Gruppe und daraus die Website entstanden. Wir haben uns z. B. eine ganze Weile damit beschäftigt darüber zu informieren, wo Wasser oder die berühmten Unterhosen benötigt werden, von denen gerade schon die Rede war. Sodann haben wir darüber informiert, an welcher Stelle ehrenamtliches Engagement gefragt sein könnte, welche Turnhalle als Nächste eröffnet; zweitweise waren es mal drei am Tag. Das waren so die Ursprünge.

Weiterentwickelt hat es sich inzwischen so, dass wir von der reinen – im Grunde sehr plakativen – Information zu dem Thema gekommen sind: Wie sind die Abläufe im Land Berlin, angefangen von der Asylantragstellung über die Anhörung? Wer ist für welche Leistungsart zuständig? Unter welchen Voraussetzungen bekommt man Leistungen, unter welchen nicht? – Im Grunde ist es ein Wissenstransfer zu bestimmten Themen aus dem Asylrecht und inzwischen logischerweise auch sehr viel aus dem SGB II, zu Hartz IV, denn es sind letztlich die gleichen Systeme, die für Geflüchtete wie auch für die sonstigen Bewohner der Stadt gelten.

Um es kurz zu machen: Wir sind von dem einfachen Thema der reinen Information inzwischen auf einem relativ komplexen Feld gelandet, was sich auch in den Problemen niederschlägt. In 2015 haben wir uns tatsächlich mit fehlenden Bedarfen befasst, und inzwischen sind wir mit sehr komplexen Fragestellungen beschäftigt, wie jemand eventuell sein Bleiberecht sichern kann, vor allen Dingen aber, wie er an bestimmte Leistungen kommt, die ihm zustehen. Frau von Hülsen-Poensgen und Diana haben es eben schon erwähnt: Es gibt manchmal tatsächlich auch Probleme mit Behörden. Ich will das jetzt nicht nur auf die Ausländerbehörde alleine abstellen, sondern das ist auch ein Jobcenter-Thema, wo wir immer wieder erleben, dass das Thema der interkulturellen Öffnung, um es mal so zu formulieren, etwas unterentwickelt ist. Das geht los mit der Sprachmittlung, die nicht stattfindet, nicht nur an dieser, aber vor allen Dingen an dieser Stelle. Das wäre aber wichtig, um Menschen die Möglichkeit zu geben, Leistungen beantragen oder wahrnehmen zu können. Sodann passiert es sehr oft, dass jemand einen Antrag stellt – und das ist nicht nur ein Problem von Geflüchte-

ten, sondern auch von einem normalen Antragsteller von Hartz IV, der da Leistungen beantragen will –, letztendlich aber erst einmal weggeschickt oder abgelehnt wird mit den Worten: Das gibt es nicht bei uns –, und am nächsten Tag dann mit einem kundigeren Helfer wieder hingehht und dann dieselben Leistungen bekommt. Das ist ein komplexes Problem, das man nicht an einer einzelnen Behörde festmachen kann, sondern das es generell immer wieder mal gibt in der Stadt, und zwar tatsächlich losgelöst von Flucht oder nicht Flucht.

Das zeigt aber auch, dass das Thema der Ehrenamtlichen in dieser Stadt ein gewichtiges ist und vor allem auch bleiben wird. Selbst wenn die Bilder der Geflüchteten auf dem LAGeSo-Gelände abgenommen haben und damit auch die Anzahl der sichtbaren Helfer – das korrespondiert ja –, sind sie nicht weg. Nach unserer kreativen Schätzung haben wir in Berlin immer noch 40 000 ehrenamtliche Helfer allein zu dem Thema Flucht. Das leitet sich ab aus einer Zahl der Bundesregierung, wo im März, April oder Mai mal von 6 Millionen in Deutschland die Rede war. Wir haben versucht, das auf Berlin hochzurechnen bzw. mit zwei, drei anderen Zahlen abzugleichen und kamen auf 40 000 rein für das Thema Unterstützung von Geflüchteten in Berlin. Die gibt es nach wie vor, sie sind in ihrer Arbeit nur nicht mehr so sichtbar.

Sie haben sich in der Zwischenzeit, in den letzten zweieinhalb, drei Jahren – je nachdem, es gibt ein paar Projekte, die älter sind, aber viele sind auch erst 2015 entstanden – natürlich in erheblichem Umfang spezialisiert und qualifiziert. Es gibt Helfergruppen, die sich mit dem Thema Wohnungssuche beschäftigen, es gibt Helfergruppen, die Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige übernehmen, weil es die Amtsvormünder entweder nicht gibt oder sie das nicht schaffen. Es gibt an vielen Stellen die berühmten Patenschaftsprojekte. Und dabei muss man immer im Hinterkopf behalten, egal, was man jetzt mit dem Hauptamt macht: Das Hauptamt wird es bei aller Qualifikation und auch bei aller Notwendigkeit, viele Dinge hauptamtlich erledigen zu müssen, nicht schaffen, bestimmte Themen zu lösen. Ein einfaches Beispiel: Wenn Sie die Tempohomes nehmen, hat der normale Standort ca. 250 Bewohner. Dort sind vom Betreuungsschlüssel zwei Mitarbeiter als Sozialarbeiter und zwei Mitarbeiter als Sozialbetreuer eingetaktet. Dann sind Sie entweder bei einem Betreuungsschlüssel von 1:120 oder 1:60, je nachdem, wie man es rechnet. Ehrenamtliche Projekte betreuen 1:1. Mir ist auch klar, dass man das über das Hauptamt nicht abdecken kann; man kann ja nicht auch an der Stelle eine solche Betreuung schaffen. Es ist aber ein wesentlicher Umstand, der im Augenblick dazu führt, dass das Ehrenamt in einer professionelleren Aufstellung als noch in 2015, aber tatsächlich immer noch, aus meiner Sicht, notwendig und im Grunde zwingend notwendig ist, denn egal, wie viel Geld man in das System reinpacken will – einen solchen Betreuungsschlüssel würde man nicht erreichen können.

Was mir aber auf der anderen Seite ein bisschen fehlt, das ist die Unterstützung. Das ist keine generelle Kritik, denn es gibt viel Unterstützung. Es gibt in meiner Wahrnehmung auch relativ viel Geld an unterschiedlichen Stellen. Es ist vielleicht nur an manchen Stellen nicht hundertprozentig so koordiniert, wie es sein müsste. Ein Beispiel: Wir reden über Ehrenamtsstrukturen und was man dort bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales machen könnte. Ich habe vor 14 Tagen im Rahmen der Gesamtkonzeptionsdiskussion bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung über das Ehrenamt gesprochen. Wir haben uns bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie darüber unterhalten. Es gibt das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, bei dem man über das Ehrenamt redet, und es gibt zudem die Senatskanzlei. Ich befasse mich mit dem Thema erst seit zweieinhalb Jahren, aber aus

meiner Sicht ist wichtig, dass man irgendwo noch die Klammer darum macht und das Thema der Ehrenamtsstrategie insgesamt zusammenbringt und zusammenfasst.

Der nächste Punkt, der mir aus Ehrenamtssicht wichtig ist, wurde schon angedeutet: Es gibt viele finanzielle Förderungen zum Beispiel für Patenschafts- oder Vormundschaftsprojekte, die an Wohlfahrtsverbände gehen. Nichts gegen diese Wohlfahrtsverbände, aber das können Ehrenamtliche selber auch machen. Was ihnen manchmal fehlt, ist eine kleinteilige Finanzierung. Es gab das im letzten und auch in diesem Jahr aus bestimmten Töpfen, die über den paritätischen Wohlfahrtsverband arbeitstechnisch vergeben wurden. Ich sage mal so: Es ist offensichtlich einfacher, das kann ich auch nachvollziehen, 100 000 Euro an einen Wohlfahrtsverband zu vergeben, als 20 Mal 5 000 Euro an kleine Initiativen; den Effektivitätsgrundsatz an der Stelle kann ich nachvollziehen. Es wäre aber trotzdem wirklich wichtig, das an dieser Stelle aufrechtzuerhalten.

Der dritte Punkt sind Qualifizierungen, aber eben auf beiden Seiten, Ehrenamt wie auch Hauptamt. Der Arbeitsmarkt ist mehr oder minder leer gefegt, das wissen wir alle. Sozialarbeiter sind kaum zu bekommen, und wenn man sie kriegt, haben sie nicht zwingend eine Ausbildung im Asyl- oder Aufenthaltsrecht oder in bestimmten SGB-Leistungen. Das ist mir aber auch noch mal ein wichtiger Punkt.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Herzlichen Dank, Herr Lüder! – Ich würde jetzt noch Frau Scheel das Wort geben, damit sie darüber berichtet, welche Funktion das Beratungsforum Engagement in der dargestellten Landschaft, von der wir jetzt schon einen Eindruck bekommen haben, hat. – Bitte!

Eva-Maria Scheel (Landesfreiwilligenagentur, Beratungsforum Engagement): Erst einmal ganz herzlichen Dank, dass Sie mir ad hoc Rederecht einräumen! – Das Beratungsforum Engagement für Geflüchtete gibt es seit 2016. Wir sind jetzt also ein Jahr am Start. Zu unserer Aufgabe, kurz umrissen: Wir sind dafür da, die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren in den Unterkünften, die hauptamtlich die Ehrenamtlichen in den Unterkünften begleiten, fachlich zu unterstützen, strukturell zu unterstützen, und zwar in ihrer Arbeit, auf ihrem Weg. Das passiert auf mehreren Ebenen. Wir haben auf der einen Seite vier Regionalkoordinatorinnen und -koordinatoren, die heute auch alle da sind, die in vier Regionen sitzen und für die Unterkünfte in drei Bezirken zuständig sind. Ich habe die Projektleitung inne. Angedockt sind wir bei der Landesfreiwilligenagentur. Die Regionalkoordinatorinnen und -koordinatoren in ihren Strukturen, in den Regionen sind auch an Freiwilligenagenturen oder einem anderen Träger angedockt.

Was ist unsere Aufgabe? Wie sehen wir die Empfehlungen? Das Hauptstichwort ist ja, wo es hineinmünden sollte – Integration. Wie waren die Voraussetzungen? – Es wurde gerade der Weg schön beschrieben, insofern ist unsere Platzierung am Ende der Redeliste wunderbar angelegt. Es war ja so, dass die ganzen Willkommensbündnisse in der Zeit, als es wirklich hoch brisant und aktuell war, als viele Ehrenamtliche da waren und viele engagiert waren, hoch motiviert sich verausgabt haben – wir haben gehört, was es bedeutete, ehrenamtlich gerade in der Anfangsphase engagiert gewesen zu sein. 2016 war es dann soweit, da lief, das muss man sagen, Berlin eigentlich auch für die Bundesrepublik vorne an: Ich spreche von den Betreiberverträgen in den Unterkünften. Die Betreiberverträge haben einen Paragraphen, der besagt, dass dort hauptamtliche Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren – die wir, wie

ich schon sagte, begleiten – eingestellt werden müssen. Über einen Schlüssel muss man reden, denn das ist auch schon mal eine Erfahrung: Der Stellenschlüssel ist dergestalt, dass das für die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren fast überhaupt nicht machbar ist. Dennoch muss man sagen, es ist beispielhaft in Deutschland, dass es diese Stellen gibt.

Es hat sich gezeigt: Ehrenamt braucht Hauptamt. Ohne Hauptamt, ohne Begleitung, ohne gute, qualifizierte Begleitung, auch fachliche Begleitung der Ehrenamtlichen können die Ehrenamtlichen nicht arbeiten. Sie kennen das; Sie haben das gut beschrieben. Auch Sie, Frau Henniges, haben das vorhin wunderbar beschrieben, unter welchen Umständen gearbeitet wird, wie viele Situationen nicht einfach sind in den Unterkünften. So muss man sich das auch vorstellen; die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren arbeiten in diesen Strukturen. Und die Ehrenamtlichen, die vor Ort in den Unterkünften arbeiten – es ist klar, die sind hoch motiviert. Am Anfang war die Willkommenskultur da, es brauchte Ehrenamtliche in den Kleiderkammern, für die Essensausgabe etc. Die sind hoch motiviert, zum Teil total – – [Zuruf von Diana Henniges] – Nein, alle Ehrenamtlichen sind immer hoch motiviert, Frau Henniges, aber ich sage mal, am Anfang war es so, dass sie zum Teil auch ins Burn-out kamen. Es ist eine ganz, ganz schwierige Aufgabe, und ich kenne das auch aus anderen Bereichen. Ich habe selbst in der Pflege gearbeitet mit Ehrenamtlichen. Es ist immer so, wenn Menschen mit Menschen arbeiten, dass Ehrenamtliche begleitet werden müssen, sonst schaffen die das einfach nicht; das ist nicht zu händeln.

Unser Auftrag vom BFE ist, dass wir die hauptamtlichen Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren, ich nenne das immer, in drei Stufen begleiten: Zum einen haben wir in 2017 Jours fixes durchgeführt, wo wir einen Acht-Modul-Fortbildungskomplex angeboten haben zu ganz klassischen Aufgaben: Freiwilligenmanagement, wie gewinne ich Ehrenamtliche, was ist ehrenamtliche Arbeit, Anerkennungskultur, aber auch inhaltliche Themen wie Resilienz. Mit diesen Fortbildungsmodulen begleiten wir die Hauptamtlichen und geben ihnen schon ein Stück Hilfe oder Begleitung in ihrer Arbeit. Wir sehen nun nach einem Jahr: Wir haben über 100 Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren aus den Unterkünften, die wir regelmäßig erreichen, die zu unserem Jour fixe kommen. Wir haben im November den letzten abgeschlossen. Wir haben einen Evaluierungsbogen erarbeitet – den lassen wir gerne allen zukommen –, der zeigt, wie wichtig das ist und wie es angenommen wird. Die sagen wirklich, sie sind dankbar, dass sie endlich mal eine Begleitung bekommen, dass sie Hilfe bekommen, die Ehrenamtlichen in den Unterkünften zu unterstützen.

Was aber ganz wichtig ist, ist die Vernetzungsarbeit. Ein Baustein sind die Jours fixes, unsere Fortbildungen, der Austausch, unsere Module. Genauso wichtig ist unsere Homepage, die wir jetzt aufbauen in einem System, das auch Beratung bedeutet. Das heißt, dort können alle unsere Module nachgelesen werden. Wir recherchieren und begleiten, bringen dort noch Infomaterial hinein, das abgerufen werden kann. Das nehmen mittlerweile viele Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren in Anspruch, was uns sehr freut. Auch das ist ein Ergebnis unseres Evaluierungsbogens.

Was ganz wichtig ist, ist die Netzwerkarbeit, denn: BFE – wir stehen ja nicht für uns, sondern uns ist ganz wichtig, keine Parallelstrukturen zu schaffen, sondern dass wir zusammenarbeiten, auch Kooperationen mit Willkommensbündnissen, mit Verwaltungen vornehmen. Wir arbeiten auch sehr eng mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, mit dem Ehrenamtskoordinator Herrn Mohr zusammen. Wir laden auch gemeinsam zu den Jours fixes ein.

Ich denke, stemmen können wir die Begleitung der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren nur, wenn wir das gemeinsam machen, denn: Die Aufgabe ist sehr schwierig, und wir sehen, dass die Ehrenamtlichen ursprünglich in der Willkommenskultur tätig waren und sich das jetzt, nach einem Jahr, nach zwei Jahren so langsam setzt. Wir sehen eine Entwicklung, dass auch die Ehrenamtlichen vor Ort in den Unterkünften in eine Struktur reinkommen, die in Richtung Integration geht. Auch die Geflüchteten vor Ort möchten nicht nur bestimmte Erstbegleitungen haben, nein, die möchten nach draußen. Die können zum größten Teil die Sprache, und sie möchten integriert werden. Sie möchten in die Kieze, sie möchten Wohnungen haben, sie möchten in die Gesellschaft einbezogen werden. Ich glaube, das ist der Punkt, an dem wir jetzt auch dran sind, dass die Ehrenamtlichen in den Unterkünften mittlerweile auch eine andere Aufgabe haben – von der Willkommenskultur zur Integrationskultur –, und sie Projekte begleiten aus den Unterkünften heraus, um Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. Da sind wir eine ganz wichtige Schnittstelle.

Wir haben jetzt eine Bedarfsabfrage gemacht. Unser Ziel 2017 war erst einmal, anzukommen und dass die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren zu uns Vertrauen fassen. Ich denke, dass uns das ganz gut gelungen ist – so ist das Feedback. Wichtig ist für uns, in 2018 die Themen zu vertiefen und zu schauen: Wo stehen die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren in ihrer Struktur, in den Unterkünften? Das muss man nämlich auch sagen: Die einen Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren haben eine gute Struktur. Sie haben eine Stellenbeschreibung, sie werden unterstützt. Es gibt aber auch ganz viele, die hängen in ihren Organisationen, in den Unterkünften in Organisationsstrukturen, die nicht einfach sind und die auch klarer definiert werden müssen. Wir haben in den Jours fixes eine Abfrage bei den Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren dazu gemacht, was sie möchten, welche Themen sie gerne mit uns gemeinsam erarbeiten wollen. Wir sehen das auch als eine Gegenseitigkeit. Wir haben Fachreferenten, aber die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren bringen selbst auch so viel Know-how ein, dass das auch ein gegenseitiges Lernen ist.

Für 2018 ist uns ganz wichtig, noch einmal genau zu analysieren – da sind wir jetzt dran –, welche Bedarfe bestehen, welche Themen die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren mit uns gemeinsam und mit Willkommensbündnissen, mit der Verwaltung, mit Netzwerkstrukturen bearbeiten möchten, welche sie für wichtig halten, damit die Arbeit gelingt. Denn Arbeit mit Ehrenamtlichen ist schwierig, das ist keine einfache – – [Zuruf von Diana Henniges] – Ja, das ist schwierig! Das ist so, ich kenne es aus dem Pflegebereich; das ist natürlich. Man muss sie begleiten, auffangen – und auch die Professionalisierung, zu sehen: Wie kann ich Ehrenamtliche begleiten, damit sie ihre Aufgabe so wahrnehmen, dass es auch eine ehrenamtliche Aufgabe ist? – Die Grenzen sind ganz schnell erreicht, sodass es umkippt in bestimmte Verhaltensweisen. Es ist wesentlich, dass die Ehrenamtlichen ihre Rolle stärker definiert sehen. Ich glaube, die Professionalisierung von Hauptamtlichen ist ein ganz wichtiger Punkt – allerdings generell im Freiwilligenmanagement, nicht nur bei der Arbeit mit Geflüchteten, auch in anderen Bereichen –, um die Ehrenamtlichen zu begleiten, damit diese ihre Aufgabe auch weiterhin motiviert ausführen, aber auch den Blick darauf haben: Wo stehe ich selbst? – Dann hilft es uns allen. Wenn die Ehrenamtlichen gut begleitet sind und die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren gut geschult werden, hilft es auch den Geflüchteten. Das geht auch auf diese über, denn sie merken ja auch, dass sie eine ganz andere Begleitung haben.

Insofern werden wir in 2018 unsere Module weiterhin anbieten, und zwar für neue Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren, wir werden aber auch inhaltlich tiefer in Themen gehen, entsprechend dem Bedarf der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren. Das ist deren Wunsch. Die sehen, dass es noch ganz viel gibt, was sie lernen möchten, was sie gerne erarbeiten möchten, um noch professioneller zu werden. Hier möchten wir unsere Ziele 2018 setzen, in der Vertiefung unserer Arbeit mit den Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Herzlichen Dank auch Ihnen! – Ich würde jetzt gern Staatssekretär Tietze die Möglichkeit geben, auf einige Dinge einzugehen, die in Richtung Verwaltung gesagt worden sind, um sodann die Diskussion zu öffnen.

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich vorweg bei Ihnen, den Ehrenamtlichen bzw. den Vertretern der Ehrenamtlichen, noch einmal ausdrücklich bedanken für das, was Sie seit 2014, seit 2015 geleistet haben, in einer Situation, wo Zuständige und zu Entscheidende sichtlich mehrfach überfordert waren. Die Bilder der Stadt Berlin, die Bilder, die von vielen Orten ihren Niederschlag gefunden haben, waren Bilder, die für uns alle nicht schön waren, aber sie haben jeden, der menschlich das Herz am rechten Fleck hat, dazu animiert, in der Notsituation in eine Ersatzvornahme zu gehen. Diese Zeit hat Sie, da finde ich die Aussage von Frau von Hülsen-Poensgen sehr treffend, über das Maß hinaus gefordert, Sie, die Sie vielen Tausend Geflüchteten in dieser Notsituation geholfen haben, die Sie teilweise Aufgaben der Behörden, der Träger mit übernommen haben, um ein gesundes, ein lebensnotwendiges Ankommen der Geflüchteten in der Situation überhaupt zu ermöglichen. Das muss uns auch in der Analyse noch einmal bewusst sein, um zu sehen, wo, wann und unter welchen Umständen bürgerschaftliches Engagement und auch politisches Ehrenamt an vielen Stellen entstanden ist, um einen Beitrag für die Gesamtgesellschaft zu leisten. Ich will Ihnen dafür noch einmal danken. Sie sind da mit sehr großem Einsatz und Engagement über das ordentliche Maß hinaus eingesprungen.

Das Zweite, und ich glaube, das haben die Beiträge gerade auch gezeigt, ist, dass die Fragen, auf die das Ehrenamt zu Recht hinweist, Fragen sind, die insbesondere jetzt bei der Frage, die sich der gesamte Senat auch stellen muss, von Relevanz sind: Wie bekomme ich die Integration für die und mit den Geflüchteten so aufgestellt, dass die zuständigen Behörden, die zuständigen Entscheiderinnen und Entscheider auch kluge maßgebliche Entscheidungen treffen, damit geflüchtete Menschen in dieser Stadt auch eine Perspektive, ein Zuhause finden? Denn was wir als Senatsverwaltung gemacht haben, ist, in einem politischen Prozess der Gesamterstellung des Flüchtlingskonzepts des Senats – das ist ein Konzept, das seit Mai in Beauftragung ist – genau dieses Wissen der ehrenamtlichen Organisationen, aber auch der Geflüchteten selbst einzubeziehen, wo wir als Gesamtstat mit den Bezirken, mit den NGOs, mit den Flüchtlingsinitiativen Antworten geben wollen, und das in neun Handlungsgruppen, wo jede Fachverwaltung für sich maßgeblich daraus auch etwas ableiten wird. Das wird und ist schon jetzt eine ganz spannende, aber immer wieder auch fordernde Diskussion, fordernd für die Ehrenamtlichen genauso wie für die Verwaltung. Ich bekomme immer wieder zugetragen, dass das nicht einfach ist. Ich glaube, dass das eine enorme Herausforderung ist, der wir uns aber stellen müssen, damit wir das, was Sie in den Jahren an Problemstellungen mitgenommen haben, auch in Verwaltungs- und politisches Handeln überführen.

Dann kommen wir zu dem Punkt, der natürlich für mich maßgebend ist, nämlich die Frage, wie es uns als Senatsverwaltung oder als Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten gelingen kann, hierfür einen guten Rahmen zu setzen. Der gute Rahmen ist eigentlich an vielen Stellen da, und wir müssen schauen, wie dieser Rahmen besser bei den Projekten ankommt. Wir haben die Situation, dass viele Bezirke Masterplanmittel zur freien Verwendung – eigentlich für Mikroprojekte – haben. An vielen Stellen kommen sie aber in den in den Bezirken angesiedelten Integrationsprojekten, Willkommensbündnissen, Flüchtlingsinitiativen teilweise nicht an. Das sind Dinge, denen man noch einmal nachgehen muss. In den nächsten Jahren gibt es nicht mehr 12, sondern 9,6 Millionen Euro, die die Bezirke in eigenständiger Regie für verschiedene Integrationsprojekte, wie sie Frau von Hülsen-Poensgen oder Herr Lüder dargestellt haben, vor Ort aufsetzen können. Das sind Dinge, denen man sich stellen muss, denn eigentlich gibt es einen Förderrahmen, es gibt noch viele andere Fördermöglichkeiten, mit denen man systemisch das Engagement von Geflüchteten nicht nur in den politischen Prozess, sondern auch in die Frage der Engagementförderung mit einbinden kann. Das ist für mich maßgeblich, wenn es um die Frage geht, wie setze ich Mittel ein, die wir als Land Berlin, glaube ich, teilweise schon hinreichend haben, um hier in der Sache noch einmal besser zu wirken.

Was wir als Haus selbst machen: Bei uns werden wir in den nächsten Haushaltsjahren jeweils 100 000 Euro zur Verfügung stellen, um solche Mikroprojekte eventuell auch noch mal zu steuern. Da sind wir im Klärungsprozess; das sind die angesprochenen Paritätärmittel. Die werden jetzt in Eigenregie, in Eigenverantwortung für die nächsten Haushaltsjahre in Höhe von jeweils 100 000 Euro zur Verfügung gestellt. Was wir u. a. aber auch mitfinanzieren, das ist z. B. die Unterstützung, dass es überhaupt eine Plattform „Berlin hilft!“ gibt, wo sich Geflüchtete austauschen können und Ehrenamtliche sehr schnell und sehr akkurat informiert werden. Das ist für uns auch maßgeblich, und das muss natürlich auch weiterhin vom Land Berlin getragen werden – eben professionelle Arbeit von Ehrenamtlichen mitzutragen.

Wie auch von Ihnen, Frau Scheel, geschildert wurde: Wir haben in den Flüchtlingsunterkünften Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren. Das ist eine Pflichtbeschreibung, ein Pflichtenheft für jeden Betreiber. Der Betreiber hat dies entsprechend umzusetzen. Wenn er das nicht tut, dann müssen wir ihn darauf hinweisen und es einfordern. Das machen wir auch bei den Begehungen. Wenn es irgendwo hakt, habe ich mich auch immer wieder zur Verfügung gestellt, das nachzuhalten.

Das Nächste ist, die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren natürlich auch noch besser in die Bezirke zu vernetzen. Da bin ich froh, dass langsam in fast allen Bezirksverwaltungen Flüchtlingskoordinatorinnen und -koordinatoren da sind, die die Vernetzungsarbeit mit den Bezirken aufsetzen, da ein Großteil der Integrationsaufgaben, insbesondere die Frage der Unterbringung von Geflüchteten, jetzt langsam eine Aufgabe der Jobcenter und der Bezirksämter geworden ist. Mehr als die Hälfte der Geflüchteten, die in die Stadt gekommen sind, sind aus dem Asylverfahren raus und stehen in der Zuständigkeit der Bezirksämter. Es wird natürlich noch einmal eine enorme Herausforderung sein, gemeinsam mit den Bezirken hier Antworten zu finden. Da kann Ehrenamt auch sehr viel leisten, jenseits von großen politischen Rahmenfragen.

Was mir darüber hinaus noch wichtig ist, ist, dass wir in unserem Bereich die Betreiber natürlich auch verpflichten, die Türen offenzuhalten für Geflüchtete. Wir haben ein sehr sensibles

Thema gehabt, das der Hausverbote, was in der einen oder anderen Situation, das ist beschrieben worden, nicht immer so einfach ist in der Kommunikation zwischen dem Ehrenamt und den Betreibern. Da gibt es immer wieder Interessenkonflikte. Uns war wichtig, dass die nicht auf dem Rücken der Geflüchteten in Form von Hausverboten ausgetragen werden. Wir haben im Mai dieses Jahres eine neue Regelung vereinbart, die die Verfügungsgewalt des Betreibers an der Stelle deutlich minimiert. Wir haben ein abgestuftes Verfahren aufgesetzt, wo auch ganz klar und glaubhaft für jeden dargestellt wird: Warum ist da was passiert? – Zum Schluss entscheidet das Landesamt da mit, und nicht nur der Betreiber. Das macht auch Sinn an der Stelle, um die eine oder andere Ungerechtigkeit, die immer wieder aufgetreten ist, aufzubrechen.

Zum Schluss will ich noch sagen: Die größte Herausforderung an der Stelle für uns, natürlich auch unsere eigene Zuständigkeit – Frau Henniges hat es zu Recht beschrieben – ist, die Lebenssituation der Geflüchteten in den Unterkünften zu verändern und zu verbessern. Wir haben eine Großzahl der Notunterkunftsplätze – in der Spitze waren es fast 30 000 Notunterkunftsplätze – jetzt auf knapp 4 500 Plätze minimiert. Wir haben parallel dazu zum große Teil Gemeinschaftsunterkunftsplätze geschaffen, und wir werden jetzt auch die Vermittlung von Geflüchteten in Wohnraum als eine Zukunftsaufgabe und Herausforderung beschreiben müssen, da das beste Mittel der Integration von Geflüchteten natürlich nicht eine bessere Gemeinschaftsunterkunft ist, sondern eine Wohnung. Wir haben alleine dieses Jahr durch das LAF 3 500 Geflüchtete in Wohnungen vermitteln können; im letzten Jahr waren es etwas weniger. Da gibt es leichte Vorwärtstendenzen. In der Summe sind es aber trotzdem zu wenige Angebote. Ich will auch sagen: Die Vermittlung selbst ist zu einem großen Teil von den Ehrenamtlichen geleistet worden. Zum Schluss hat meine Behörde gesagt: Ja, wir übernehmen das. Wir zahlen die Kautions. – Dann war es an vielen Stellen, das verstehe ich auch, den Geflüchteten nicht schnell genug, und dann gibt es immer wieder Reibereien. Das müssen wir auch noch mal vernünftig aufsetzen.

Aber die Zukunftsfelder des Ehrenamts haben sich jetzt ganz neu aufgestellt. Es sind wirklich an der Stelle nicht mehr die Nothelferinnen und -helfer, es sind die Integrationshelferinnen und -helfer, und zwar an vielen kleinen Stellen und Situationen des Lebensalltags – bei aufenthaltsrechtlichen, bei sozialrechtlichen, aber auch bei Fragen des Zugangs zu Bildung, des Zugangs in Arbeit und einer gerechten Behandlung von Geflüchteten. Ich finde, dieses Potenzial müssen wir, wenn wir als Berlin über eine gesamte Engagementstrategie reden, auch adäquat berücksichtigen. Ich bin der Meinung, dass viele der Geflüchteten an der Stelle auch – in Führungsstrichen – Unterstützung weiterhin von Ehrenamtlichen bekommen und die Herausforderungen, glaube ich, an vielen Stellen im Ehrenamt vielleicht auch noch nicht so ganz angekommen sind, insbesondere was die Supervision betrifft, was die Frage der fachlichen Konzeption betrifft, was auch vielleicht – das diskutiere ich immer mit den Initiativen an einem Tisch – die Frage betrifft, wo ihr euch in dem politischen Raum auch noch mal hinstellt und sagt: Das ist die Berliner Flüchtlingsinitiative, die hat einen Zentralverband oder auch nicht, und sie hat einen politischen Anspruch. – Mir ist wichtig: Ich will das gemeinsam lösen. Ich sitze mit den Flüchtlingsinitiativen regelmäßig an einem Tisch. Ich würde mich freuen, wenn es auch andere zuständige Behörden tun. Wichtig ist, dass wir die Herausforderungen des Ankommens in der Integrationsarbeit für Geflüchtete gemeinsam leisten. Wir versuchen, politisch Rahmenbedingungen dafür zu setzen und das Ehrenamt da, wo es möglich ist, auch zu unterstützen. Daher mein Plädoyer: Lassen Sie uns gucken, wie wir jetzt diesen Bereich in einer Berliner Strategie für Ehrenamt so stark platzieren, dass auch die ehrenamtli-

chen geflüchteten Helferinnen und Helfer eine Anerkennung, eine Stärkung, an vielen Stellen eine Professionalisierung erfahren. Was das dann bedeutet – ich glaube, das können Sie im Ausschuss am ehesten entscheiden als ich als kleiner Staatssekretär für Integration und Flüchtlingsfragen. – [Oh! von der LINKEN] –

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Tietze! – Auf der Redeliste habe ich zunächst Frau Radziwill. – Bitte!

Ulker Radziwill (SPD): Auch von meiner Seite vielen Dank für Ihre aus meiner Sicht sehr interessanten und sehr guten Informationen für diesen Ausschuss. Da wir ein Wortprotokoll anfertigen lassen, können wir die fruchtbaren Anregungen aber auch in andere Ausschüsse mitnehmen – so z. B. in den Integrationsausschuss. Den Staatssekretär möchte ich jetzt nicht als „klein“ bezeichnen; das Gemurmel hat das auch bestätigt. Das Thema werden wir sicherlich noch im Integrationsausschuss beraten. Ich glaube aber, dass wir diese Themen sicherlich auch in einigen anderen Ausschüsse besprechen werden, so z. B. im Ausschuss für Stadtentwicklung oder im Gesundheitsausschuss. Als Abgeordnete dieses Ausschusses sollten wir uns die Querschnittsaufgabe als solche vergegenwärtigen, denn dieser Ausschuss allein wird nicht alle Aufgaben bewältigen können. Es ist eine gemeinschaftliche Aufgabe zu gucken, wo und wie wir auf welchen Ebenen die Integration der Menschen, die bei uns Schutz gesucht haben, die sich vielleicht auch als Berlinerinnen und Berliner auf Dauer fühlen möchten und sich in die Gesellschaft einbringen möchten, unterstützen können. Wir sollten sie hier herzlich aufnehmen, und wir sollten ihnen auch eine Möglichkeit geben, sich beruflich zu engagieren, sich in die Gesellschaft einbringen zu können.

Die Stadt ist eine Einwanderungsstadt, die Stadtgeschichte bestätigt das. Deshalb haben wir auch sehr viele Erfahrungen, was Integrationsunterstützung angeht. Wir müssen sie uns nur manchmal noch mal vergegenwärtigen. Ich will nicht nur die Geschichte der Gastarbeiter in Erinnerung rufen, ich will auch daran erinnern, wie wir viele Menschen, die aus dem russischsprachigen Raum zu uns gekommen sind, integriert haben. Dort haben wir auch manche Fehler gemacht, beispielsweise was das Nichtanerkennen der mitgebrachten Abschlüsse angeht. Wir wissen, was das für eine lange Geschichte ist, wie schwer wir uns das teilweise gemacht haben. Wir müssen uns hier noch einmal alle Ebenen anschauen. Deswegen sind die Informationen, die Sie uns mitgegeben haben, für mich, ich denke aber auch für uns alle, sehr wertvoll, um uns anzugucken: Wie funktionieren unsere Behörden? Wer macht an welcher Stelle was? – Das ist ein großes Puzzle, und alle Puzzleteile müssen an der richtigen Stelle passen.

Nach diesem ersten Einleitungsteil möchte ich eine zweite Einleitung vornehmen und allen gegenüber, die sich ehrenamtlich engagieren, ein ganz besonderes Dankeschön aussprechen. Ich kenne einige von Ihnen; ich habe in einer sehr frühen Phase z. B. Frau Amei von Hülsen-Poensgen und ihr Team kennengelernt. Ich habe auch sehr früh mit Herrn Lüder in Gesprächen zusammengearbeitet, habe mir auch „Moabit hilft“ angeschaut, war vor Ort und habe gesehen, wie engagiert die Menschen dort sind. Ohne dieses wirklich emsige, fleißige Engagement – und wir haben Sie heute stellvertretend für alle anderen Flüchtlingsinitiativen in Berlin eingeladen –, wäre vieles nicht leistbar gewesen. Sie haben das soziale Gesicht und das soziale Herz Berlins gezeigt. An der Stelle noch einmal ein ganz besonderes Dankeschön! Ich glaube, wir können dieses Dankeschön nicht oft genug wiederholen.

Ich komme jetzt zu meinen Fragen. Sie, Frau Henniges, haben vorhin sehr starke Äußerungen in Richtung Behörden, Funktionalität gemacht, darüber, dass sie nicht so gearbeitet haben, wie Sie sich das aus Sicht der Ehrenamtlichen gewünscht hätten. Da möchte ich fragen: Ist aus Ihrer Sicht eine zentrale Stelle, eine Art Ombudsstelle oder Kommunikations- bzw. Beschwerdestelle überhaupt sinnvoll? Wäre es nicht vielleicht sinnvoller, das ggf. in den Bezirken anzusiedeln? Beim Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten wäre das wahrscheinlich etwas schwierig. Oder vielleicht bei der zuständigen Senatsstelle? Aus Ihrer alltäglichen Erfahrung: Was würden Sie uns als Empfehlung mitgeben?

Die andere Frage betrifft den Punkt Wissenstransfer; Sie alle haben davon gesprochen. Natürlich wissen wir hier im Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement, wie wichtig es ist, das zeigt sich auch in allen anderen Bereichen: Für das Ehrenamt brauchen wir auf jeden Fall das Hauptamt. Über die Quote kann man aus unterschiedlichen Bereichen unterschiedliche Erfahrungen mitbringen, aber: Wie sollte der Wissenstransfer aus Ihrer Sicht – für Sie, für die Zukunft, aus den Erfahrungen, die wir gemacht haben – organisiert werden? Ich habe gehört, das war auch für mich eine neue Information, dass z. B. eine Homepage aufgebaut wird, wo diese Informationen geboten werden; Frau Scheel hat davon berichtet. Wäre es ausreichend, an einer zentralen Plattform alles nachlesen zu können? – Ich glaube nicht. Ich glaube, Wissenstransfer funktioniert von Mensch zu Mensch noch einmal besser. Vielleicht können Sie uns dazu noch etwas mitteilen.

Die andere Frage, die ich mir stelle: Wir sagen ja, dass immer wieder noch eine zusätzliche, höhere Zahl von Geflüchteten zu uns kommen könnte. Wir halten teilweise entsprechend auch die Unterbringungen etc. vor. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass, als ich in meinem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf eine kleine Initiative mit unterstützt und hochgezogen habe – „Charlottenburg hilft“ –, wir eine Plattform anbieten wollten, wo die vorhandenen Bedarfe nachvollzogen werden können, sodass bei den Spenden nicht in einer Einrichtung vor allem Socken, in einer anderen sehr viele Pullis und in der nächsten Einrichtung viele Hosen landen. Zu klären war, was die Menschen brauchen. Es wurde damals beklagt, dass es diese Plattform nicht gibt. Meines Wissens gibt es eine solche Plattform noch immer nicht. Können Sie uns ggf. darstellen, woran das scheitert? Ist die überhaupt realistisch? Die Häuser müssten all die von den Menschen vor Ort benötigten Dinge ja auch einpflegen. Immer mehr Geflüchtete ziehen jetzt in Wohnungen, was auch gut ist; wir wollen sie darin auch unterstützen. Dort brauchen sie nun aber auch bestimmte Sachen und können sich nicht alles leisten. Wir brauchen also trotzdem noch mal eine Art Spendenorganisation. Gibt es da aus Ihrer Sicht gute Tipps für die Politik? Wie organisieren die Ehrenamtlichen diese Infrastruktur, dieses Helfen beim Ankommen in einer eigenen Wohnung?

Das waren noch mal grundlegende Punkte in Sachen Wissenstransfer und Hilfestruktur. – Ich habe noch eine Frage in Richtung Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten: Welche Erfahrungen haben Sie dort bisher gemacht? Vielleicht können Sie uns das noch mitteilen. Das ist eine neutrale Frage. Wir wollen das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten zu einem starken und durchsetzungsfähigen Amt umfunktionieren. Wir wollen, dass es mehr Stellen erhält und haben dafür mehr Mittel gegeben. Es befindet sich ja in einem Prozess. Natürlich baut man so ein Amt nicht von heute auf morgen auf, auch nicht in wenigen Monaten. Wer gedacht hat, das schaffe er in einem halben Jahr – es gab mal einen Senator, der das gedacht hat –, irrte sich. Wir brauchen dabei doch noch ein bisschen mehr Unterstützung und organi-

sieren das ja auch. Fachlich wird es auch qualifiziert, aber vielleicht noch mal aus Ihrer Sicht: Was sollte in diesem Prozess noch bedacht werden?

Dann möchte ich zur Wohnungsvermittlung wissen, was Sie uns da mit an die Hand geben würden. Das ist ein Riesenthema. Wir alle wissen, dass es zu wenige Wohnungen gibt. Wenn aber eine Wohnung gefunden wurde, gibt es aus den Erfahrungen, die ich gemacht habe, ab da noch zusätzliche Probleme. Was könnte da noch erleichtert werden?

Eine letzte Frage, die mir noch ganz wichtig ist: „Berlin sagt Danke!“ ist eine Aktion, die das Land Berlin im Nachgang als Dankeschön-Aktion gemacht hat. Wir setzen das, glaube ich, auch fort. Vielleicht kann die Senatsverwaltung dazu noch etwas sagen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Aus gegebenem Anlass bitte ich jetzt alle anderen, sich etwas kürzer zu fassen, damit wir noch Antworten erhalten. – Herr Schlömer, bitte!

Bernd Schlömer (FDP): Ja, das ist etwas schwierig, aber nachdem wir nun Koreferate einer Regierungsfraktion und der Senatsverwaltung gehört haben, fasse ich mich jetzt etwas kürzer. – Vielen Dank für Ihre Beiträge! Ich habe drei konkrete Fragen. Einmal möchte ich fragen, wie es Ihnen gelingt, Geflüchtete konkret in die Ehrenamtsarbeit einzubinden. Daraus abgeleitet die Frage: Welche Chancen ergeben sich hinsichtlich einer möglichen beruflichen Integrationsfähigkeit, vor dem Hintergrund, dass sich beispielsweise berufspraktische Fertigkeiten, die in Ihrer Vereinsstruktur – über Matheunterricht oder andere Dinge – gewonnen werden, ggf. anerkennen lassen für formale Bildungsabschlüsse? Haben Sie dazu Erfahrungen? Vielleicht geben Sie uns dazu eine Einschätzung.

Ich habe einen Schwerpunktbereich Social Entrepreneurship. Was müsste Politik tun, damit die Förderung auch von Einzelpersonen, die ja auch in der Ehrenamtsarbeit wertvolle Arbeit oder Mikroarbeit leisten, besser gelingt?

Ich bitte Sie sodann um eine Einschätzung zu dem sehr eloquenten Vortrag des Herrn Staatssekretär. Teilen Sie seine Einschätzung, oder haben Sie eine ganz andere Erfahrung? Das vielleicht ganz kurz nur.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Notker Schweikhardt!

Notker Schweikhardt (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Ich versuche auch, es ganz knapp zu halten. – Dass wir toll finden, was Sie machen, das muss ich, glaube ich, nicht wiederholen. Ich konzentriere mich daher auf die Fragen. Sie haben ja Aussagen zu quasi schon strafrechtlich relevanten Sachverhalten getätigt. Inwieweit hapert es an der strafrechtlichen Verfolgung eben jener Dinge? Was müssten wir da verbessern?

Sie benennen mehr oder weniger alle, dass es noch ganz konkrete Defizite gibt, was Strukturen, Ansprechpartner und Mittelverteilung – eher denn die Summe der Mittel, wenn ich das richtig verstanden habe – angeht. Könnten Sie das noch einmal konkretisieren und uns da eine Hausaufgabe mitgeben?

Gibt es Konkurrenzen? Wenn wir an Wohnraum denken, ist das in Berlin ja heftig umstritten. Inwieweit kommt man da in Konkurrenz? Ich kenne das aus dem Kulturbereich, wo die Betroffenen im selben Haus mit sozialen Trägern um die Räume buhlen. Wird das zunehmend zu einem Problem?

Letzte Frage – das ist das genau Gegenteilige zu dem, was der Kollege sagte: Ist es nicht vielleicht sogar hinderlich, wenn sich Geflüchtete ehrenamtlich engagieren? Sollten die nicht schneller in hauptamtliche, in berufliche Strukturen kommen? Ist das wirklich eine Hilfe, oder bremst das in Wirklichkeit die Integration ein Stück weit aus?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Frau Demirbüken-Wegner, bitte!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Damit wir das Rad nicht immer neu erfinden und so tun, als seien uns die Themen total fremd, habe ich mir mal das Wortprotokoll vom 18. April 2016 angeschaut, wo wir das Thema in ähnlich gelagerter Form schon einmal hatten. Erschreckend fand ich, dass anderthalb Jahre vergangen sind und mit Blick auf die Ausführung von Frau Henniges sich gar nichts zum Positiven geändert hat. Das ist etwas, wo ich ein Stück Erschrecken verzeichne und sage: Eigentlich habe ich damit gerechnet, dass ich jetzt nach anderthalb Jahren in einigen Bereichen gewisse qualitative Entwicklungen nach vorne sehe, was aber nicht der Fall ist. Die Stichworte Wanzen, Ungezieferbefall, keine Ansprechpartner in den Behörden, stetiger Rassismus, Zuständigkeiten und aktuelles Organigramm fehlen, keine Transparenz, große Probleme mit gesundheitlichen Gefahren und die Diskussionen darüber haben wir auch vor anderthalb Jahren gehabt. – Frau Henniges! Bei aller Wertschätzung Ihnen und natürlich allen gegenüber: Warum kommen wir nicht weiter? Eine ganz einfache Frage. Warum kommen wir in diesen Bereichen nicht weiter?

In dem Wortprotokoll von vor anderthalb Jahren war schon festgehalten worden, dass Geflüchtete nicht nur einen Deutschkurs und ein Zimmer brauchen, sondern auch langfristige, nachhaltigere Integration, Netzwerke und Jobs. Heute haben Sie durch unseren Staatssekretär Tietze einen neuen Titel erhalten – Sie sind ab heute auch Integrationshelfer geworden. Weil der Senat noch keine Gesamtstrategie hat – weil man ja mit Blick auf die Ehrenamtsstrategie gesagt hat, wir hoffen, dass man da auch mal zu Potte kommt –, würde ich gerne aus Ihrem Munde hören, wie aus Ihrer Sicht so eine Gesamtstrategie in Bezug auf Integration aussehen könnte. Integration ist ja ein wahnsinnig beladenes, inhaltsreiches Wort. Was steckt für Sie dahinter?

Welche Bereiche können nicht über das Ehrenamt vollständig abgedeckt werden? Wo sagen Sie: Hier sind unsere Grenzen, hier muss der Ansprechpartner xy – sei es der Senat, seien es andere Institutionen – einsteigen?

Welche Erfahrungen gibt es hinsichtlich der Differenzierung der Arbeit nach Alter und Geschlecht bei den Betroffenen?

Frau Scheel! Sie haben sehr viel zur Qualifizierung der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren gesagt. Welche Schlussfolgerungen für die Qualifizierung der Ehrenamtsarbeit müssen gezogen werden, wenn Sie die Evaluation jetzt vorliegen haben? Können Sie dazu ein paar Sätze sagen?

Herr Staatssekretär Tietze! Sie haben gesagt, dass die Betreiber jetzt verpflichtet sind. Verstehen Sie richtig, dass in den Verträgen die Verpflichtung festgehalten werden konnte und die Verbindlichkeit daraus erwächst? Dann würde ich gerne, nachdem Sie sich das alles angehört haben, wissen: Was muss der Senat aus Ihrer Sicht tun? Sie tun schon eine Menge, gar keine Frage, aber nichtsdestotrotz: Mit Blick auf den Wunsch nach Freiräumen, auf den Wunsch nach Qualifizierung, auf die vielen Punkte, die Frau Henniges vorgetragen hat – was ist auf Ihrer Seite zu tun?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Frau Klein!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank! – Frau Demirbüken-Wegner! Das, was Sie am Anfang gesagt haben, die Schwarzmalerei, das empfinde ich als nicht wirklich konstruktiv Ihrerseits. Wenn ich mich recht erinnere, sind Sie schon ziemlich lange hier oder da in Verantwortung, was das Thema betrifft – seit einem Jahr Abgeordnete, vorher Staatssekretärin. – [Zuruf von Emine Demirbüken-Wegner (CDU)] – Nein, ich finde das an sich gut. Dann aber mit der Schwarzmalerei zu kommen, so zu tun, als wäre nichts passiert und nur die negativen Dinge aufzuschreiben, weiterhin dieselben Fragen wie vor ein, zwei oder drei Jahren zu stellen, statt sich an die eigene Nase zu fassen, das finde ich schwierig. Man kann das machen, man kann aber auch mal konstruktiv nach vorne gehen. Es gibt viele Dinge, die einfach schon länger bekannt sind.

Einen Punkt, der auf jeden Fall auf der Habenseite steht, hat der Staatssekretär vorhin benannt: Wir sind von 30 000 Menschen in Notunterkünften auf 4 500 Menschen runter. Das ist eine verdammt große Leistung, da hängt eine ganze Menge dran. Das ist jetzt erst einmal nur eine große Zahl, die gesenkt wurde, aber da hängen so viele Menschen drum herum dran, so viele Entwicklungen, das ist schon ziemlicher Wahnsinn.

Was ich wissen möchte: Hier fiel das Wort Engagementstrategie. Ich bin überhaupt kein Fan davon, Konzepte zu schreiben, die in der Schublade verschwinden; das kann ich überhaupt nicht leiden. Wie kann aus Ihrer Sicht so eine Engagementstrategie, wenn sie denn notwendig ist, aussehen? Was kann sie, muss sie beinhalten, damit sie tatsächlich ein Gewinn ist und eben nicht in der Schublade verschwindet? Was 2014/2015 passiert ist, hat aus meiner Sicht gezeigt, dass es quasi weiße Flecken, Lücken gibt, dass Dinge nicht funktionierten, wie sie hätten funktionieren sollen. Und es hat gezeigt, was funktioniert und wie man auch schnell Menschen dafür gewinnen kann, zu helfen – mal ganz grob und platt gesagt. Wir sollten die Situation jetzt nach drei Jahren nutzen, um zu gucken, wie man das auf bessere Füße stellen kann, und einen gewissen Rahmen in Form einer Engagementstrategie formulieren. Aber: Was ist dabei sinnvoll?

Dann noch die Frage – – Oh, jetzt ist Frau Chebli weg! Ich wollte noch zu dem Engagementportal „bürgeraktiv“ fragen, inwiefern dort vielleicht Verbesserungen und auch Schnittstellen angedacht sind. Ich habe das mal ausprobiert auf diesem Engagementatlas, und es funktioniert nicht. Ich kann keine Straße eingeben und finde leider nichts. Irgendwie gibt es da noch, ich sage mal, Potenzial.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Es ist niemand mehr auf der Redeliste, und angesichts der Zeit würde ich sagen, dass wir Ihnen – und auch dem Staatssekretär, da einige Fragen noch an ihn gingen – nun die Möglichkeit geben, zu antworten. Machen wir das

wie immer in der umgekehrten Reihenfolge. – Frau Scheel! Wollen Sie anfangen und kurz auf die Fragen eingehen, die an Sie gerichtet waren?

Eva-Maria Scheel (Landesfreiwilligenagentur, Beratungsforum Engagement): An mich war eigentlich nur eine Frage konkret gerichtet, wenn ich es richtig sehe, und zwar bezogen auf die Qualifizierung der Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren und welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen. – Die Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren haben ganz unterschiedliche berufliche Hintergründe und kommen aus ganz verschiedenen Strukturen. Das bedeutet, sie alle benötigen eine Qualifikation, und je besser diese ist – sei es als Grundlage Freiwilligenmanagement, aber auch für die psychologische Beratung und Begleitung etc. –, desto besser können sie die Ehrenamtlichen begleiten, umso besser sind auch die Geflüchteten bei den Ehrenamtlichen aufgehoben. Das alles greift ineinander.

Die Schlussfolgerung ist für uns aber auch, dass sich dort ein Berufsfeld entwickelt, das es bisher so nicht gegeben hat. Durch die Qualifikation ist jetzt auch ein Standard gesetzt, auch durch unsere Module, was auch eine Erstdefinition ist. Was man entwickeln kann, ist ja kein fester Status, aber dadurch wird schon etwas definiert und etwas in Gang gesetzt, nämlich ein Berufsfeld, und es bedeutet zu schauen: Was bedingt diese Arbeit? –, denn es gibt die Arbeit in dieser Form noch gar nicht. Deswegen ist für uns die Qualifizierung ganz wichtig, um auch zu sehen, was da jetzt praktisch entsteht. Ich würde sogar noch ein Stück weiter gehen und sagen: Es entwickelt sich durch die Qualifizierung und Begleitung ein Berufsfeld, das man auch nach außen öffnen und dabei schauen kann, für welche Bereiche man solche Qualifizierungen im ehrenamtsbegleitenden Bereich für Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren noch einsetzen kann. Das ist auch noch einmal ganz wichtig, denn es gibt Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren qualifiziert für Geflüchtete, aber wenn man gesellschaftlich weiterdenkt – Freiwilligenmanagement etc. –, gibt es vielleicht auch Ehrenamtskoordination im Pflegebereich etc. Hier entsteht etwas, was ganz wichtig ist und in der Zukunft durchaus auch in anderen Bereichen innerhalb des Freiwilligenmanagements an Bedeutung gewinnen kann. – Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Herzlichen Dank! – Dann Herr Lüder, bitte!

Christian Lüder (Netzwerk „Berlin hilft!“ Verein i. Gr.): Ich hoffe, ich habe alle Fragen noch so beisammen, dass ich darauf antworten kann. – Vielleicht eins vorab: Über die Informationsseite bürgeraktiv – das war ja auch ein Stichwort, was kann man da machen, was fehlt dort etc. – kann man sich sicherlich auch noch mal unterhalten. Ich weiß nur aus meiner eigenen Erfahrung von unserer Website berlin-hilft.com: Wir haben in diesem Jahr 2017 2,6 Millionen Aufrufe. Offensichtlich ist der Bedarf also vorhanden; was auch immer das im Einzelnen als Rückschluss heißen mag. Wir bieten sehr viele Informationen gerade zu dem Thema Wissenstransfer an.

Die zweite Erkenntnis habe ich aus einer Umfrage im September gewonnen, die wir mal selbst vorgenommen haben zu der Frage: Wer nutzt uns eigentlich? Was fehlt? –, und zu diesen ganzen Themen, was man halt ab und an so machen sollte. Der Rücklauf zeigt, dass wir rd. 45 Prozent Nutzer von hauptamtlicher Seite haben. Ob aus Unterkünften, von den Senatsverwaltungen, aus Bezirksämtern oder welche Träger das immer auch sein mögen, ist am Ende egal, aber 40 bis 45 Prozent der Nutzer sind hauptamtlich tätig. Das zeigt auf der einen Seite die Notwendigkeit, dieses Wissen zu transferieren, oder auf der anderen Seite ggf. den

Schulungsbedarf, den es auch auf hauptamtlicher Seite gibt. Das sind sicherlich qualifizierte Mitarbeiter, aber nicht zwingend in den Themen, die sich so ergeben haben bzw. jeden Tag durch geänderte Gesetzgebungen neu ergeben.

Wohnungsvermittlung, was tun? – lautete eine Frage. Die Erkenntnis, dass von den 3 500 Wohnungen oder Menschen – ich weiß es nicht mehr, ich glaube, Wohnungen – ein erheblicher Teil über Ehrenamtliche vermittelt wurde oder, ich sage mal, indirekt über Geflüchtete selbst, das ist klar. Ich glaube aber, und das ist auch das Thema: Man muss versuchen, das Potenzial noch zu erhöhen. Bei all den Schwierigkeiten, die es eventuell gibt, die sich aus dem angespannten Wohnungsmarkt insgesamt ergeben, fehlt so etwas wie ein Ansprechpartner, den das Landesamt aus meiner Sicht nicht bietet, zum Beispiel für Wohnungsangebote. Wenn jetzt jemand sagt, ich habe eine Wohnung, die vermietet werden kann: Wo kann er sich konkret hinwenden? Wo wendet sich der gleiche Mensch hin, der im Augenblick aufgrund vieler Geschichten, die er gehört hat, vielleicht Bedenken hat – ob die erste Miete oder die Kautions jemals kommt und all diese Dinge im Nachgang eines Mietverhältnisses? Es wäre aus unserer Sicht wirklich sinnvoll, wenn es einen Ansprechpartner gäbe, ganz klassisch Hauptamt, in dem Fall mit dem schönen roten Berlin-Logo oben drauf, sodass klar ist, dass es etwas Offizielles ist und es nicht von Initiativen angeboten wird, denn die können ja, in der Theorie zumindest, morgen weg sein.

Frau Henniges vorgreifend: Das Thema Schlichtung und Beschwerdemanagement ist ein ganz erhebliches. Ich weiß, dass daran gearbeitet wird. Es ist aber auch wirklich notwendig, da jetzt in die Umsetzung zu kommen, weil sich im Augenblick Beschwerden, gleich welcher Art, irgendwo in der Wahrnehmung und auch in der Abarbeitung verlaufen. Natürlich gibt es irgendwo beim Landesamt eine Abteilung, die sich mit Qualitätsmängeln und Beschwerden beschäftigt. Natürlich kümmern sich Bezirke ggf. auch mal irgendwo darum, aber es läuft nie hundertprozentig zusammen, und es ist verdammt schwer, Beschwerden auch tatsächlich sauber abzugeben und zu wissen, dass sie auch weiterverfolgt werden. Wir – also „Berlin hilft!“ – haben im Mai 2016 mal einen Vorschlag zum Thema Schlichtung gemacht. Da ging es ursprünglich um Hausverbote für Ehrenamtliche; das ist inzwischen auch sauber umgesetzt worden. Das ist aber eben nur ein Teil, vielleicht auf der anderen Seite aber auch eine Basis, um daraus dieses Beschwerdemanagement zu entwickeln, denn wir hatten ja für dieses Verfahren auch schon eine Abstimmung innerhalb der Senatsverwaltung und des Landesamtes.

Letzter Punkt – Schlagworte: Mittelverwendung, Förderung Einzelpersonen. Ich will mich jetzt nicht festlegen, ob nun wirklich genug Geld da ist, aber es ist Geld da, an vielen Stellen, mal beim Bezirk, mal in der einen Senatsverwaltung, mal in der anderen, mal sonst irgendwo. Ich glaube, dass es wichtig ist, eine Finanzierungsstruktur zu finden – die 100 000 Euro können vielleicht helfen, aber ich halte die Summe für ein bisschen bescheiden –, sodass man Mittel wirklich niedrigschwellig vergibt und das nicht an den üblichen Dingen wie eingetragener Verein mit Gemeinnützigkeit oder gemeinnützige GmbH festmacht, sondern irgendeinen Weg findet, wie man die berühmten 1 000, 2 000 oder 5 000 Euro sozusagen ans Volk bringt, denn die Aufgaben bleiben und werden in der Tat mehr.

Zum Thema Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren in den Unterkünften: Es ist sicherlich wichtig, die zu qualifizieren, aber es sind eben hauptamtliche Mitarbeiter, und das ist aus meiner Sicht ein anderes Projekt. Das hat mit dem Thema der Ehrenamtsarbeit oder Eh-

renamtsstätigkeit nur bedingt zu tun. Die Schwierigkeit ist im Augenblick, dass viele Ehrenamtsstrukturen durch das Auflösen von Unterkünften wegbrechen oder wechseln. Eine Unterkunft wird geschlossen, und die Ehrenamtlichen gehen logischerweise nicht mit von beispielsweise Steglitz-Zehlendorf nach Marzahn-Hellersdorf. Da, wo die neue Unterkunft aufmacht, sind dann nicht zwingend wieder Ehrenamtsstrukturen vorhanden. Das ist ein erhebliches Problem und ein Thema, wie man das auf beiden Seiten sozusagen verfestigt.

Ich glaube, dass es das von meiner Seite gewesen sein müsste. – Ich denke, ihr beide habt noch genug zu sagen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Dann danke ich Ihnen und gebe das Wort weiter an Frau von Hülsen-Poensgen. – Bitte!

Amei von Hülsen-Poensgen (Willkommen im Westend): Ich hoffe auch, dass ich noch auf einige Fragen Antworten habe. – Zum einen etwas, was ein bisschen auf die Frage der Strategie, aber auch auf die Frage der Wohnungsvermittlung – was kann man tun? – eingeht: Herr Tietze hat vorhin die Zahl von 3 500 Wohnungen genannt. – [Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS): Menschen! Wohnungen wäre schön!] – Menschen! Menschen, die in Wohnungen gezogen sind. Das ist aber eine sehr verkürzte Sicht der Dinge. Das sind nämlich nur die Menschen, die im LAF-Bezug sind, die noch keine anerkannten Asylbewerber sind. In Wahrheit ist die Zahl viel, viel höher. Und das ist etwas, über das wir uns viel mehr Gedanken machen müssen, denn ganz viele Dinge, die wir hier diskutieren – auch die Initiative von Frau Scheel –, drehen sich immer nur um Unterkünfte. Die Menschen ziehen aber zunehmend, in sehr großer Zahl aus den Unterkünften aus, selbst wenn es schwierig ist, Wohnungen zu bekommen – es gibt Kontingentflüchtlinge, es gibt Familiennachzug. Auch wir als Ehrenamt können die nicht alle erreichen. Unsere Mittel, viele zu erreichen, sind aber relativ hoch, weil wir oft persönliche Beziehungen geknüpft haben, solange die Menschen noch in den Heimen waren. Da sind dann Begleitungen und Ähnliches entstanden. Im Prinzip brauchen wir eine ganz starke Unterstützung von Ehrenamtsstrukturen wie auch eine große Unterstützungsstruktur für Menschen, die eben nicht mehr in den Heimen sind.

Ich schätze auch – das ist eine grobe Schätzung; es ist wahnsinnig schwierig, das genau zu benennen, und wir können da auch keine große Statistik machen –, dass von unseren Ehrenamtlichen, die sich noch aktiv für Geflüchtete einsetzen, vermutlich maximal noch ein Drittel in den Heimen unterwegs ist. Der Rest hat das längst in andere Bezüge verlegt, sei es in die private Unterstützung einer einzelnen Familie, sei es die Professorin, die in der Kleiderkammer Unterhosen faltet und irgendwann sagt: Eigentlich ist es sinnvoller, ich baue ein Refugees-Welcome-Programm an meiner Uni auf –, die also ihr Engagement in ihre beruflichen Bezüge setzt. Aus meiner Sicht also der dringliche Appell: Bitte denkt nicht nur über die Menschen in den Unterkünften nach, sondern seht, dass sich das zunehmend verlagert und macht euch jetzt dafür bereit!

Das auch zu der Frage, inwieweit es Engagementstrategien geben sollte. Es ist im letzten Jahr mal eine Studie gemacht worden, die gerade fortgesetzt wird. Da sind ehrenamtliche Initiativen in der Stadt miteinander verglichen worden, u. a. auch „Willkommen im Westend“ und „Lichtenberg hilft“ mit der Mieteninitiative Kotti, mit der Initiative Bundesplatz, also mit Initiativen, die ganz andere Inhalte haben. Was bei diesen Studien herausgekommen ist, ist eigentlich sehr interessant, weil es zeigt, dass es heutzutage in der Stadtgesellschaft relativ

ähnlich funktioniert und das Flüchtlingsthema nur eins der Themen war. Da kann ich nur sagen: Es wäre gut, wenn man sich mal anschaut, welche Bedürfnisse Zivilgesellschaft hat, wenn sie sich engagiert, und welche Bedingungen man als Stadt positiv dafür setzen kann, damit es funktionieren kann. Ich würde mir auch wünschen, dass es nicht nur diese eine, sondern möglicherweise auch andere Studien gibt; diese Studie ist von vhw finanziert worden, und DESI, ein Institut für Stadtentwicklung, hat sie durchgeführt.

Dann wurde die Frage gestellt, inwieweit, wenn Geflüchtete selbst initiativ werden, das bei einer beruflichen Integration helfen kann bzw. inwieweit ehrenamtliches Engagement möglicherweise bei der beruflichen Integration hindert. Aus unserer Sicht überhaupt nicht! Es dauert verdammt lange, bis man auf B 2- oder C 1-Niveau Deutsch sprechen kann, und die Zeit, in der man vormittags noch in den Sprachkursen sitzt, kann man wunderbar dafür nutzen, nachmittags etwas Ehrenamtliches zu tun. Leider hapert es noch sehr daran, diese Erfahrungen oder Qualifikationen, die man in dem Bereich erwirbt, dann auch jobcenter- bzw. lebenslauftechnisch zu verwenden. Es ist auch schwierig, die Zeugnisse aus den Heimatländern hier anerkannt zu bekommen; die Hürden sind wahnsinnig hoch, das wissen wir alles. Dennoch ist Ehrenamt oder überhaupt der Umstand, etwas zu tun, aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Schlüssel, auch um aus dieser Wartedepression zu kommen, in der viele Menschen hier dann doch noch feststecken.

Zu den Fragen: Was ist Integration? Welche unterschiedlichen Erfahrungen machen wir mit den unterschiedlichen Geschlechtern? –, möchte ich sagen, dass das jetzt vielleicht ein bisschen weit geht. Das wäre ein eigenes Thema; dazu würde ich gerne reden. Das würde ich jetzt aber doch lieber schieben; es ist einfach ein wenig zu groß.

Dann ist gefragt worden, was wir zu dem sagen, was Herr Tietze gesagt hat. Neben dem, was hier jetzt schon gesagt wurde, ist die mangelnde Abstimmung in dieser Stadt ein drängendes Problem. Das hat was damit zu tun, dass – was weiß ich – BENN von SenStadtWohn gemacht wird und wenig abgestimmt scheint, zumindest bei uns auf der lokalen Ebene, mit dem, was vom LAF und ansonsten an Integrationsleistungen vorgenommen wird. Sodann ist es so, dass ich mit zwölf unterschiedlichen Bezirken rede, da die Geflüchteten, die bei uns leben, mit zwölf unterschiedlichen Jobcentern und Bezirken zu tun haben, und ich kriege zwölf unterschiedliche Antworten und aus der Senatsverwaltung dann die dreizehnte. Oft ist es auch nach wie vor so, dass der eine sich auf dem anderen ausruht. „Dafür sind wir nicht zuständig“ ist leider etwas, was wir nach wie vor viel zu oft hören. Das ist ein gesamtstrukturelles Problem, das Berlin hat, was sich für die Geflüchteten nur in besonders tragischer Weise bemerkbar macht. – Das nur als kurze Stellungnahme; auch dafür könnte man noch einen Nachmittag verwenden.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Herzlichen Dank! – Dann Frau Henniges, bitte!

Diana Henniges (Vorstandsmitglied Moabit hilft e. V.): Ich bin bekanntlich immer die mit den unangenehmen Antworten und häufig auch unangenehmen Wahrheiten. Um die Frage aufzugreifen, was sich in den letzten Jahren geändert hat, und um auch mal etwas Positives zu sagen: Es hat sich schon einmal positiv verändert, dass ich nicht mit Herrn Czaja per SMS vereinbaren muss, wie viele Leute ich in welcher Unterkunft unterbringen muss. Das ist ein ganz großer Punkt. Ich habe ein Kommunikationslevel erreicht, wo ich vier- oder sechswöchentlich tatsächlich mit einem Staatssekretär an einem Tisch sitze und ich ihm vorbringen

kann, welche Themen ich aufnehmen möchte, und ich nicht dafür ausgelacht werde, dass ich täglich Integrationsarbeit mache.

Damit sind wir beim nächsten Thema, und das möchte ich jetzt noch einmal deutlich sagen: Wir sind vom ersten Tag an Integrationshelfer gewesen! Das schließt sich direkt an das Thema an, das mit dem Wissenstransfer zu tun hat: In 2016 damit anzufangen, zu versuchen, die Qualifikation von Ehrenamtlichen zu realisieren, finde ich beinahe anmaßend. Was wir als Initiativen in den letzten vier Jahren gelernt und auch an Wissen mit eingebracht haben und wie wir die Hauptamtlichen im Moment eher qualifizieren – – Im Moment ist es tatsächlich so, dass das Ehrenamt so viel unterstützende Hilfe leistet, dass viele der Hauptamtlichen zu uns kommen und uns fragen, wie sie weiter handeln sollen. Und mir dann zu sagen – – Ich finde das wirklich anmaßend, und das ist halt auch der Punkt, der als Überschrift darüber steht: Wir werden häufig geschätzt, aber wir werden auch ganz häufig unterschätzt.

Und so ist es mit den Geflüchteten auch. Ein Geflüchteter ist bemüht, und ein ganz hoher prozentualer Anteil dieser Menschen, die zu uns gekommen sind, möchte arbeiten, möchte einen Kindergartenplatz, möchte, wenn sie denn wissen, was ihnen überhaupt zusteht, das auch alles haben, um sich schnellstmöglich irgendwo als ankommende Person zu wissen. Viele der Leute, das haben wir in dieser Runde gar nicht bemerkt, sind schon längst da. Sie sind längst Berliner. Sie sind keine Geflüchteten mehr oder Flüchtlinge oder Wellen oder in welchen Naturkatastrophen wir das immer formulieren. Die Menschen sind längst angekommen. Und sie sind in den Wohnungen längst nicht mehr erreichbar für Ehrenamtskoordinatoren oder irgendwelche Ehrenamtlichen, die nachqualifiziert werden, da sie häufig schon Paten oder Anlaufstellen haben. Und das ist auch der Punkt, der sehr relevant ist: Solche Orte wie die „Ullme“ oder das Haus D oder „Berlin hilft!“, die längst schon das Know-how haben, wo die Geflüchteten wissen: Da bekomme ich Hilfe. Da weiß ich, dass ich auch nicht weggeschickt oder ausgelacht werde für mein nächstes Thema –, das sind so Punkte, die erhalten bleiben und weiterqualifiziert werden müssen. Wir brauchen keine Dreifach- oder Doppelstrukturen.

Ich finde es auch ganz wichtig, das zum Positiven zu verändern, eine Ombudsstelle als etwas Positives zu betrachten, die uns Hilfestellungen gibt, in den Verwaltungsapparaten aufzuzeigen, wo die Probleme eigentlich sind, was für Themen es gibt. Was häufig schon in den bezirksübergreifenden Lösungen zu finden ist für die Qualitätssicherung in Unterkünften, das ist der erste große Schritt, aber es muss schneller gehen, denn wir haben Unterkünfte, in denen die Securitys das Sagen haben. Es kann nicht sein, dass wir dem immer nur mit strafrechtlicher Verfolgung nachgehen können. Da muss es viel mehr Punkte geben; wir müssen uns da auf vielen Ebenen qualifiziert genug zeigen, wo ganz klar sein muss: Da ist die Grenze. – Und da ist auch die Grenze des Ehrenamts erreicht, genau da, wo ich sage: Das kann doch nicht sein, da muss die Judikative, die Legislative, die Exekutive entscheiden und nicht ich als Ehrenamtliche sagen: Ist das jetzt relevant, oder ist das nicht relevant? – Das ist genau die Grenze des Ehrenamts.

Wenn wir von Integrationsarbeit reden, dann sind wir schon längst mittendrin. Die Qualifikation für das Berufsleben fängt ganz häufig mit einem Ehrenamt an, weil das der erste Kontakt zu Deutschsprachigen ist. Und ob das jetzt in der Unterkunft, in der Kleiderkammer oder völlig unabhängig davon beim Brötchenbacken in irgendeiner Initiative stattfindet – ganz häufig endet das tatsächlich mit: Komm, wir suchen dir einen Ausbildungsplatz! Komm, wir gucken mal, ob der B 2-Kurs noch zur Verfügung steht! Wie, du hast keine Kostenübernahme be-

kommen? – Das ist alles kausal. Und wenn man diese Bausteine ineinanderfügt, ergibt es das große Bild der Integration. Das ist im Grunde genommen das, wo wir schon längst drin sind. Wir haben schon viele Bausteine, die wir täglich benutzen. Wir beschäftigen zum Beispiel bei uns im Haus acht Geflüchtete im Bundesfreiwilligendienst, und es können immer mehr werden. Wir entlassen gerade sechs aus dem Bundesfreiwilligendienst – fünf davon in Ausbildung und einer direkt in Arbeit nach Anerkennung. Das sind längst erprobte Mittel, und die funktionieren.

Wenn ich sage, es hat sich was verändert, dann ist es auch etwas, was im Prozess natürlich auch noch besser werden kann. Dafür müssen wir Geflüchteten aber die Möglichkeit geben, in Würde zu leben und auch in Würde akzeptiert zu werden und mit ihren Meinungen gehört zu werden, denn: Wir werden hier gehört. Geflüchtete aber haben in unserer Gesellschaft häufig keine Stimme. Und das liegt nicht daran, dass sie sprachlich dazu nicht qualifiziert sind, sondern weil es keine Orte gibt, wo sie hingehen können. Im Moment sind wir diese Orte, aber es wäre schön, wenn wir irgendwann ersetzbar wären. – Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Ich habe noch eine Nachfrage auf meiner Liste, sodann noch den Staatssekretär. Ich würde den Punkt dann gerne schließen; wir haben noch einen weiteren Tagesordnungspunkt. Kurz zum Organisatorischen: Wir hätten die Möglichkeit, nach Abschluss dieser Besprechung noch zu Punkt 4 zu kommen. Wie sieht das der Ausschuss – sollen wir um eine halbe Stunde verlängern? – [Oliver Friederici (CDU): Wir haben doch eine Anhörung; da sind es sowieso zweieinhalb Stunden! – Weitere Zurufe] – Okay! – Dann haben Sie, Frau Demirbüken-Wegner, das Wort.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Ich habe keine Frage. Es geht um meine Kollegin, die meine Rolle hier falsch definiert hat. So wie Frau Henniges einführend gesagt hat, dass sie unangenehme Antworten, unangenehme Ausführungen macht, bin ich in Ihren Augen vielleicht diejenige, die unangenehme Fragen stellt, aber: Da ich mich nahtlos an den ersten Teil meiner Vorrednerin Frau Ülker Radziwill anschließe, was die lobenden Worte über die Helferinnen und Helfer vor Ort angeht, und die Vorsitzende gesagt hat: Nicht wiederholen! Das täte ich immer wieder. Das zu wiederholen, was meine Vorgänger schon einmal gesagt haben, mache das, was ich sage, nicht besser, im Gegenteil, zeige nur meine Unbeholfenheit, dass ich selber nichts habe. – Mein Auftrag hier ist, verehrte Kollegin, zu gucken, was in diesem Bereich in diesem Ausschuss schon gelaufen ist. Ich mache meine Hausaufgaben gut, stelle gute, qualifizierte Fragen.

Mit Blick auf die Ausführungen: Selbstverständlich, Frau Henniges, weiß ich, dass Sie Integrationshelfer von Stunde Null an sind. Vergessen Sie aber nicht, dass wir mit Begrifflichkeiten eigentlich auch eine neue Situation haben, die den Senat und uns hier fordern müsste, strukturelle Anpassungen vorzunehmen. Das nur mal so dahingesagt zu haben: Das sind jetzt Integrationshelfer mit neuen Aufgaben –, finde ich wunderbar, aber: Was bedeutet das für uns als Abgeordnete? Für Sie, die mehr Arbeit haben? Welchen Paradigmenwechsel muss die Politik hier eingehen, damit wir auch vor Ort der Situation gerecht werden? – Nur insofern habe ich gesagt, das sei ein neuer Titel, nicht in dem, was schon vor Ort gemacht wird. In dem Moment, in dem wir das so bezeichnen, müssen wir hier auch politisch Farbe bekennen, für die Sache Farbe bekennen und die Strukturen und das Personal zur Verfügung stellen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Auch der Herr Staatssekretär hat noch einmal um das Wort gebeten. – Herr Tietze, bitte!

Staatssekretär Daniel Tietze (SenIAS): Ich möchte mich erst einmal für die sehr gute fachliche Diskussion bedanken. Ich habe selten – aber ich bin auch erst ein Jahr dabei – eine so gute Fachanhörung erlebt, die aus verschiedenen Perspektiven die Herausforderungen des Ehrenamts und der Flüchtlingsarbeit gut beschrieben hat.

Mir ist wichtig, dass Sie sich in der Auswertung genau zu dem, was Frau Demirbüken-Wegner aufgezeigt hat, die Frage stellen, was das für den gesamtstrategischen Prozess des bürgerschaftlichen Ehrenamts bedeutet. Ich bin gerne mit den Ressourcen, die wir haben, dabei, diesen Prozess mit zu unterstützen. Ich denke, es braucht dann aber eine/einen, die/der es steuert, und da sind dann die Entscheidenden auch gefragt.

Integration darf kein Zufall sein. Ich denke, das ist die wesentliche Herausforderung. Auf die Frage, was wir anders machen müssen als 2015/2016: Ja, wir haben den Katastrophenfall irgendwie überstanden. Ja, wir sind gerade dabei, den Katastrophenstand an vielen Stellen in dieser Gesellschaft – in den Behörden, teilweise auch in der Gesellschaft selbst – noch irgendwie aufzulösen. Jetzt müssen wir uns der qualitativen Frage stellen, wie jeder aus seinem Bereich heraus richtige Antworten auf die Integration, die bessere Partizipation und Teilhabe von Geflüchteten finden kann. Ich finde es gut, dass wir als Senat jetzt diesen Weg gefunden haben, mit den Bezirken, mit den Ehrenamtlichen, mit den Geflüchteten selbst genau diese konzeptionellen Handlungsfragen zu stellen und daraus einen strategischen Ansatz abzuleiten. Sie als Abgeordnete werden Mitte nächsten Jahres das Ergebnis dieses Prozesses mitbekommen, wo wir dann als Stadtgesellschaft versuchen, eine solche Antwort zu finden. Und das ist der Unterschied zu vorher. Früher sind Menschen in die Bresche gegangen. Ich finde, die Erfahrungen, die Sie gemacht haben, die brauchen wir jetzt, um Antworten auf die Herausforderungen zu finden. Und die liegen überall. Die liegen in den Bezirken, die liegen in den Jobcentern, die liegen in den verschiedenen Senatsverwaltungen. Jetzt geht es darum, problemlösungsorientiert und ganz pragmatisch das eine oder andere abzulösen und auf Augenhöhe miteinander zu reden. Dann sind wir an vielen Stellen in der Situation, dass das Ehrenamt und auch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, weil es in der Notsituation als Erstes Erfahrungen systematisch aufgesammelt hat, das Wissen jetzt in den Bezirken, in den Jobcentern und in verschiedenen anderen Organisationen, die mit dem Thema Flucht, Integration, Migration zu tun haben, mit einpreisen. Das ist, glaube ich, noch einmal eine ganz große Herausforderung für die gesamtstädtische Diskussion in der Stadt.

Ich habe noch eine Bitte; ich glaube, wir sind an vielen Stellen teilweise schon so weit: Wir haben schon sehr viele Flüchtlingsinitiativen, die im Wege des Empowerment sehr erfolgreich geworden sind, die sich selbst auch vertreten können. Ich möchte mit Yaar e.V. ein Beispiel nennen, wo sich die afghanische Community innerhalb von fünf Jahren quasi aus dem Nichts heraus in Berlin selbst organisiert, professionalisiert hat, kulturelle Räume der Selbstvergewisserung geschaffen hat, soziale Beratungsorganisationen etc. Wir müssen jetzt an der Stelle – oder Sie als Ausschuss, wenn Sie das Thema noch einmal angehen – die Bank verlängern und dann auch jemanden wie Yaar e.V. dazu laden, um genau diese Reflektion der Auswirkungen der Integration von Geflüchteten in Sachen Selbstorganisation von Geflüchteten, aber auch natürlich die Rückkoppelung auf Migrant*innenorganisationen wie dem TBB – da sind Sie ja sehr nah dran, Frau Demirbüken-Wegner – miteinander in die Diskussion zu bringen. Das

wäre auch noch mal eine ganz spannende Frage, wie wir einen gemeinschaftlichen Ansatz hinbekommen, um der Herausforderung der Integration von Geflüchteten zu begegnen.

Wir selbst haben die Abteilung Integration, den Ombudsbeauftragten; der stärkt den Prozess aus der Ombudsfunktion heraus. Wir haben, und darüber bin ich auch sehr froh, seit September mit Frau Sybill Schulz eine Koordinatorin für Flüchtlingsangelegenheiten, die versucht, diese ganzen ebenenübergreifenden Abstimmungen in Prozessen stärker zu unterstützen und zu steuern. Sie wird jetzt auch noch stärker Personal an Bord haben; dann wird sie auch noch deutlich wirkungsmächtiger sein an der Stelle. Da werden wir dann auch gemeinsame Antworten finden können.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann schließen wir diesen Tagesordnungspunkt für heute ab. Die Besprechung vertagen wir wie immer auf den Zeitpunkt, zu dem uns das Wortprotokoll vorliegt und wir das alle auswerten konnten.

Ich danke denen, die da gewesen sind. Sie können hier sitzenbleiben – wir haben noch mehr auf der Tagesordnung –, Sie können aber selbstverständlich auch gehen. Vielen Dank, dass Sie da waren!

Punkt 4 der Tagesordnung

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Anerkennungskultur für ehrenamtliche Schülerlotsen
(auf Antrag der Fraktion der CDU) | 0002
BuergEnPart |
| b) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0084
Förderung und Würdigung von Schülerlotsen | 0004
BuergEnPart(f)
BildJugFam |

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|
| Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Stiftungstag und Neustifterempfang – aktuelle Entwicklung
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0025
BuergEnPart |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.